L1 Klimagerechtigkeit jetzt

Gremium:	Landesvorstand
Beschlussdatum:	10.10.2018
Tagesordnungspunkt:	8. Anträge
Status:	Zurückgezogen

Mitteleuropa erlebte 2018 einen weiteren Rekordsommer und die Landwirtschaft beklagt ein weiteres Mal hohe Ernteausfälle. Was jedoch in den Industriestaaten durch technische und finanzielle Aufwendungen kompensiert werden kann, bedeutet für viele Menschen in anderen Teilen dieser Erde eine existenzielle Bedrohung. Eine Bedrohung, für die sie nicht verantwortlich sind. Hauptverantwortlich für Umweltzerstörung und Treibhausgasemissionen sind vor allem Industriestaaten wie Deutschland. Doch nicht sie sind es, die die Hauptfolgen der menschengemachten Klimaveränderung zu tragen haben.
Die Bewohner*innen von Inselstaaten wie Kiribati, Küstenregionen wie in Süd-Myanmar oder Gebieten, die von Hitzewellen und Verödung betroffen sind, sind am massivsten und direktesten schon jetzt von der Klimakrise betroffen. Wenn diese Menschen vor Hunger und Elend fliehen, das sie nicht selbst zu verantworten haben, dann ist es die Pflicht der EU, diesen Klimageflüchteten eine Aufenthaltserlaubnis für die Europäische Union anzubieten. Zudem muss Klimaflucht als offizieller Fluchtgrund in die Genfer Konvention aufgenommen werden.
Es ist unsere Pflicht, die Klimakriese einzudämmen und für Klimagerechtigkeit zu sorgen!

Energie

Das Abwenden einer Klimakatastrophe ist nicht möglich, ohne einen baldmöglichsten Ausstieg aus der fossilen Energieerzeugung.
Um mit gutem Beispiel voranzugehen soll die Landesregierung auf allen Landesgebäuden, bei denen es effizient ist, Photovoltaikanlagen anbringen.
Wir fordern die Landesregierung auf, eine Initiative zum Verbot von Kohle Im- und Export in den Bundesrat einzubringen und sich ganz klar für einen möglichst schnellen Kohleausstieg auszusprechen. Das Land muss die Errichtung von Windkraftanlagen, bevorzugt in kommunaler Trägerschaft unterstützen, um ein Beitrag zum Klimaschutz zu leisten.
Wir fordern ein klares Bekenntnis der Landesregierung zum 1,5°C-Ziel der Vereinten Nationen und ein aktives Einsetzen dafür, dass die nötigen Treibhausgaseinsparungen in RLP erreicht werden.

Verkehr

Der Verkehrssektor ist maßgeblich verantwortlich für klima- und gesundheitsschädigende Emissionen.
Dabei ist die schädlichste Mobilitätsform hierbei der motorisierte Individualverkehr.
Deshalb muss endlich diese Form des Individualverkehrs eingeschränkt und der gesamte Sektor von den fossilen Energiequellen gelöst werden.

Unser Ziel ist es, die Mobilität der Menschen zu gewährleisten, ohne dabei unsere Lebensgrundlagen zu zerstören. Dies geht nur durch sukzessives Zurückdrängen des motorisierten Individualverkehres und die politische und finanzielle Unterstützung der Verkehrsträger des öffentlichen Personenverkehrs und des Fahrrads. Auch deshalb fordern wir den Stopp von Autobahnneubauten, wie etwa des A1-Lückenschlussen in der Eifel.

Der Flugverkehr gehörten zu den klimaschädlichsten aller Reisearten. Flugreisen werden bei billigen Fluglinien zu Dumpingpreisen angeboten. Kerosin ist steuerfrei - Bahnstrom jedoch nicht. Wir fordern hier einen Kurswechsel. Der Steuersatz auf Leistungen des Schienenverkehrs und Bahnstrom soll auf 0% verringert werden (mit Pflicht zur Weitergabe an Kund*innen). Inlandsflüge müssen durch attraktive Zugverbindungen an Reiz verlieren.

Elektrifizierung und Modernisierung von Regionalbahnstrecken, wie etwa der Bahnstrecke Neustadt(Weinstr.)-Landau-Kalsruhe oder Köln-Gerolstein-Trier kann einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz leisten und das Angebot attraktiver machen. Elektrifizierte Nebenbahnstrecken können dann auch zur Entlastung der stark belasteten Strecken genutzt werden. Auch deshalb muss Rheinland-Pfalz auf Nachbesserungen, neben den lächerlichen 5 Millionen Euro, die dazu im Bundeshaushalt eingeplant sind, hinarbeiten und auch eigene Gelder zur Verfügung stellen.
Die Reaktivierung von Bahnstrecken, etwa den Strecken der Hunsrückquerbahn, der Zellertalbahn oder der Strecke Landau-Germersheim muss weiter forciert werden.

Der Nah- und Fernverkehr muss jedem Menschen, egal ob in der Vulkaneifel oder in Mainz zugänglich sein und ein attraktives Angebot darzustellen. Dazu gehört insbesondere eine Verdichtung des Fahrtaktes, vor allem in den Abendstunden, und die intelligente Vernetzung mit anderen Verkehrsmitteln, wie etwa durch Car Sharing, elektrifizierte Lastenräder und Fahrräder.

Wir fordern einen kostenlosen, umlagefinanzierten öffentlichen Nahverkehr und eine Steigerung der Investitionen, insbesondere in das Schienennetz.

Ein wichtiges Schlüsselelement in der Entwicklung eines CO^2 neutralen Verkehrs stellt das Fahrrad da. Hierzu müssen Fahrradwege besser ausgebaut, beschildert und unterhalten werden. Aber nicht nur der Ausbau der Fahrradwege muss betrachtet werden. Genauo wichtig ist es, dass bei der Neuanlage von Straßen ein Fahrradweg verbindlich miteingeplant und errichtet wird. Vor allem bei Neu- und Umbaumaßnahmen von Gebäude- und Parkflächen müssen Fahrradständer und Ladestationen für E-Bikes errichtet werden. Außerdem sollten Fahrräder generell kostenfrei in allen öffentlichen Verkehrsmitteln mitgenommen werden können. Nur so können wir eine nahtlos ineinanderübergehende, kooperative, ökologische Mobilität ermöglichen.

Abfall/Konsum

Unser Wirtschats- und Konsumverhalten hat einen enormen Einfluss auf den Planeten und dessen Bewohner*innen. Hier zeigt sich ein deutliches Missverhältnis bei Verursachenden und Leidtragenden dieses Einflusses.
Die Konsumgesellschaften der Industriestaaten produzieren direkt und indirekt die meisten Emissionen und Abfälle. Die Folgen davon haben aber in vielen Fällen

die Menschen in Nicht-Industriestaaten zu tragen.
Der Export von Müll muss komplett verboten werden und eine verpflichtende Recycling-Quote beschlossen werden.
Auch muss mehr dagegen getan werden, dass Müll überhaupt entsteht. Die Verpackung von beispielsweise Obst und Gemüse in Plastik entbehrt jeder Logik und muss aufgrund ihrer ökologischen Folgen ebenso wie Plastiktüten verboten werden.
Die Vorschriften für Verpackungen müssen kritisch hinterfragt werden und gegebenenfalls angepasst werden.
Auf die Benutzung von Einwegplastik in Produkten aller Art fordern wir eine Abgabe, die in einen Fond einzuzahlen ist, der Maßnahmen gegen Umweltverschmutzung fördert.
Eine Möglichkeit wäre diese Gelder in den Green Climate Fund der UN einzuzahlen.
Zum Schutz unsere Gewässer fordern wir darüber hinaus die Hafenmüllgebühr abzuschaffen, um keine Anreize zur illegalen Verklappung zu setzen. Ferner muss besonders bei dem Verladen und Ablöschen von Düngemitteln auf einen besseren Umweltschutz geachtet werden.
Auch bei Großveranstaltungen wie Musikfestivals müssen die Veranstalter verpflichtet werden, auf die Vermeidung von Müll zu achten und sind verpflichtet, den Besuchern nur umweltfreundlichere Alternativen zu Einwegplastik zur Verfügung zu stellen. Auch das Trennen von Müll muss den Besuchern von Großveranstaltungen immer ermöglicht werden.
Auch unsere kleinsten Abfälle, wie beispielsweise Mikroplastik oder pharmazeutische Rückstände.

Landwirtschaft

dieser Abschnitt wird nachgereicht